

Parteien zur Wahl

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet.

Gefragt haben die *Nachrichten aus der Chemie*, das *Physik Journal* und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?

Forschung und Innovation sind entscheidende Bausteine unseres Programms für Wachstum und Überwindung der Wirtschaftskrise. Die CDU wird die erfolgreiche Hightech-Initiative fortführen und sie gezielt auf die Zukunftsmärkte Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Sicherheit sowie Information und Kommunikation ausrichten. Zur Intensivierung des Technologietransfers werden wir die Forschungsförderung für den Mittelstand weiter steigern und die Netzwerkbildung zwischen Wirtschaft, Forschungseinrichtungen und Hochschulen vorantreiben. Die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien flankieren wir mit einer steuerlichen Förderung. Wir bekennen uns auch zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zur wissenschaftlichen Autonomie, zum „Pakt für Forschung und Innovation“, zur Exzellenzinitiative und zum Hochschulpakt. Wo es sinnvoll ist, werden wir die Forschungspotentiale unter einem Dach bündeln.

Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Förderprogramme im Rahmen der Hightech-Strategie zukunftsfähig ausgerichtet. Die Forschungsförderung für den Mittelstand wurde weitgehend im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) gebündelt und aufgestockt. Alle Programme erfahren eine regelmäßige Evaluierung, auf deren Basis sie weiterentwickelt werden. In der nächsten Legislaturperiode werden wir vier Zukunftsprojekte mit hohem Technologie- und Forschungsbezug besonders fördern: Umwelttechnologien, Modellregion für Elektroautos, neue Werkstoffe und Gesundheitsforschung.

Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes?

Staat und Wirtschaft sollen möglichst schnell gemeinsam mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investieren. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Forschungsförderung bereits deutlich gesteigert, sie liegt 2009 um rund ein Viertel höher als 2005. Nun kommt es darauf an, dass gerade die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbaut. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir das Drei-Prozent-Ziel bis 2015 erreichen.

Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

Wir wollen die Finanz- und Steuerpolitik insgesamt zum Innovationsmotor machen. Ein wichtiges Element ist dabei die steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Diese hilft kleinen und mittelgroßen Unternehmen besonders und muss in Kombination mit der bestehenden themenspezifischen Projektförderung erfolgen. Beides gemeinsam ergibt ein geschlossenes und international wettbewerbsfähiges Innovationsfördersystem. Die steuerlichen Anreize können zum Beispiel in Form einer Steuergutschrift erfolgen.

Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

Wir setzen uns für ein verbindliches Klimaschutzabkommen ein und wollen die Weltklimakonferenz in Kopenhagen zum Erfolg bringen. Neben den europäischen Klimaschutzziele haben wir uns für Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken. Den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wollen wir auf 30 Prozent steigern. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz.

Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

Die CDU tritt für eine breite technologieoffene Energieforschung ein. Wir wollen die Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen wird. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der Erneuerbaren, der Kerntechnik und der Geothermie. Bei der Kernforschung ist für uns die Förderung deutscher Sicherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit wichtig. Speichertechnologien müssen ein Schwerpunkt bei der Forschung an regenerativen Energien sein.

Welche Rolle kann die Kernenergie spielen?

Wir verstehen den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz, erneuerbarer Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden. Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Die CDU verlangt eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben.

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern?

Die Biotechnologien bieten Lösungsansätze in Medizin, Landwirtschaft und Energieerzeugung. Wir wollen ihre Chancen nutzen. Eine Grenze ist für uns die unantastbare Würde des Menschen. Sie muss Vorrang vor der Freiheit der Forschung und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit haben. Verbrauchende Embryonenforschung und das Klonen von Menschen lehnen wir ab. Beim Einsatz der Grünen Gentechnik müssen Sicherheit und Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt gewährleistet sein. Deshalb brauchen wir gerade hier begleitende Sicherheitsforschung von Anfang an. Die Diskussion über ethische Grenzen der Forschung muss sachlich und in der Überzeugung geführt werden, dass Deutschland den internationalen Wettbewerb forschungsfreundlicher Rahmenbedingungen braucht.

Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

Hochschulpolitik bleibt vorwiegend Ländersache. Doch gerade hier gilt: Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten, um den Studierenden die besten Qualifizierungs- und Bildungschancen zu geben und die Wissenschaft in Deutschland voranzubringen. Ein Beispiel für die enge und gute Zusammenarbeit sind der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative. Wir werden beide fortführen. Das erhöht die Qualität des Studienstandorts Deutschland und die internationale Sichtbarkeit und Attraktivität des deutschen Hochschulwesens.

Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

An erster Stelle ist die Fortführung der Exzellenzinitiative zu nennen, die viele neue Stellen insbesondere für Nachwuchswissenschaftler schafft und die Bedingungen für Spitzenforschung an Deutschlands Hochschulen verbessert. Vom „Pakt für Forschung und Innovation“ profitieren die Hochschulen insbesondere durch die vereinbarte jährliche Erhöhung des Haushaltes der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Den Wissenschaftseinrichtungen verschaffen wir mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative mehr Freiraum.

Die enge Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen werden wir weiter befördern: Wo dies sinnvoll ist, streben wir auch die organisatorische Bündelung der Forschungspotentiale an, wie dies schon beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) geschehen ist.

Da der Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit ausgetragen wird, werden wir die Internationalisierung unserer Hochschulen vorantreiben. Zudem werden wir gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.

Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

Mit dem Hochschulpakt werden 275.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen und verbessern sich die Studienbedingungen.

Mehr Eigenverantwortung für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft werden.

Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits eine Internationalisierungsstrategie entwickelt. Wir wollen die weltweiten Herausforderungen gemeinsam meistern, die Chancen für Innovationen deutscher Unternehmen auf globalen Märkten nutzen und unsere Wissenschaft im Wettbewerb um die besten Köpfe stärken. Die Internationalisierungsstrategie setzt auf die Gewinnung ausländischer Nachwuchs- und Spitzenwissenschaftler, den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in den Fachprogrammen, die Verstärkung der Präsenz im Ausland über deutsche Wissenschaftshäuser und -referenten, den Dialog für eine internationale Forschungsagenda und auf Werbekampagnen für den Studien-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Zudem werden wir den europäischen Forschungsraum weiter aktiv gestalten, das europäische Forschungsrahmenprogramm und den neuen EU-Forschungsrat intensiv nutzen.

Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?

Wir haben die Rahmenbedingungen für private Stiftungen durch die Weiterentwicklung des Stiftungs- und Steuerrechts deutlich verbessert. Zum Beispiel ist der der Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital (Vermögensstockspenden) von 307.000 Euro auf 1 Mio. Euro angehoben worden. Um zivilgesellschaftliches Engagement und Mäzenatentum zu stärken, wollen wir bürokratische Hemmnisse weiter abbauen.